



Seite 4:



Seite 5:



Seite 6:



WAS IST INFLATION?



Geld nicht bezahlbar ist. Denn man macht sich nicht mal die Mühe es auf Papier zu drucken. Es wird einfach am Computer generiert.

GELDREGEN?
ODER
GELDVERNICHTUNG?

Kommt drauf an,
ob Sie die Europäische
Zentralbank
sind oder ein
steuerzahlender
Bürger!

Stellen Sie sich vor, es würde Geld regnen! Drei Tage lang ununterbrochen. Sie bräuchten nur die Arme ausbreiten und wären plötzlich reich! Eine trügerische Vorstellung - denn denken Sie mal zu Ende:

Nun gehen Sie mit Ihrem vielen Geld in den Supermarkt oder in die Boutique oder ins Autohaus und wollen etwas kaufen! Aber **denkste!** Sie werden feststellen, dass es nichts mehr zu kaufen gibt und das, was noch da ist, selbst für Sie mit ihrem vielen

Ein Märchen? Keineswegs! Genau genommen regnet es seit vielen Jahren Geld in der Europäischen Union, indem es durch die Europäische Zentralbank einfach „gedruckt“ wird – genau genommen nicht mal gedruckt, denn

Und es regnet immer nur an bestimmten Stellen: Immer auf die Banken und niemals beim steuerzahlenden Bürger.

Dieses Märchen nennt man im wirklichen Leben „Inflation“.

Die Inflation entwertet das ganze Geld. Und das betrifft hauptsächlich die Bürger. Sie müssen mehr Geld ausgeben und können sich weniger leisten.

So holen sich Banken und Staat ihre verschwenderischen Ausgaben vergangener Jahre von den kleinen Leuten zurück. Manchmal schleichend, manchmal mit einem Crash, mal früher, mal später. Aber mit Sicherheit.



Inflation - Was geht's mich an?

„Inflation in Deutschland steigt auf 7,9 Prozent“ lese ich in der Neuen Zürcher Zeitung.

„Im Mai sind die Verbraucherpreise in Deutschland unerwartet stark gestiegen. Waren und Dienstleistungen kosteten 7,9 Prozent mehr als im Vorjahresmonat, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden in einer ersten Schätzung mitteilte. «Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine sind insbesondere die Preise für Energie merklich angestiegen und beeinflussen die hohe Inflationsrate erheblich», erklärten die Statistiker. Wegen der Pandemie sind außerdem viele Lieferketten gestört, was Waren ebenfalls teurer macht.“ Inflation bedeutet, ich bekomme für das gleiche Geld weniger Ware oder Dienstleistung. Das ist die höchste Inflationsrate seit der Wiedervereinigung 1990.

Normale Nahrungsmittel sind teurer geworden, kann ich bei ntv nachlesen:

- Pflanzliche Speiseöle (ohne Olivenöl): 30 % teurer
- Tiefgefrorenes Obst: 22,4 %
- Butter: 17,6 %
- Eier: 17 %
- Mehl: 16,8 %
- Kartoffeln: 13,8 %
- Rind- und Kalbsfleisch: 13,6 %
- Teigwaren: 10,7 %
- Kaffee: 8,9 %
- Vollmilch: 8,2 %
- Brot und Brötchen: 7,1 %
- Schweinefleisch: 5,9 %
- Wein: 1 %

Doch hat das wirklich großen Einfluss auf mein tägliches Leben oder gleicht sich das irgendwie anders aus? Dazu habe ich nicht die großen Politiker gefragt, die leben wohl ganz gut von regelmäßig steigenden Diäten. Ich habe fünf sehr unterschiedliche Personen befragt, die ein ganz normales Leben führen. Hier gebe ich eine Zusammenfassung:



Mario

ist 51 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder. Er lebt mit seiner Familie in Hellersdorf. Er hat sich gefragt, ob es eine gute Idee war, Kinder in die Welt zu setzen. Zum Glück ist das bei ihm ein seltener Moment. Er kann die Teuerung nicht ignorieren und sorgt vor. Lange haltbare Lebensmittel hat er immer vorrätig. Außerdem kauft er nur noch das Wichtigste, nichts Unnötiges, keinen Luxus. Mit dem Auto fährt er eher selten und muss so für Benzin nicht viel ausgeben. Aber den Familienausflug gönnt er sich und seiner Familie. Sein größter Wunsch ist es, dass es wieder friedliche Zeiten gibt und er mit seiner Familie sorglos unterwegs sein kann.

Gabi und Christian

sind 64 und 68 Jahre alt. Sie leben in Köpenick. Christian ist zwar schon Rentner, arbeitet aber noch als Bauingenieur. Gabi ist auch schon Rentnerin, arbeitet aber noch stundenweise in der Altenpflege. Sie haben 3 Kinder und 5 Enkelkinder. Der Konflikt zwischen Ost und West bereitet Ihnen Sorgen. Gabi hat eine lange schlechende Inflation bei den täglichen Einkäufen beobachtet, die jetzt sprunghaft ansteigt. Strom und Gas werden teurer. Christian ist beruflich viel mit dem Auto unterwegs und muss für eine Tankfüllung nicht mehr 50 € sondern schon mal 80-90 € bezahlen. Sie wollen bei den Energiekosten sparen,

beim Heizen, warmen Wasser und Licht. Elektrische Geräte behalten sie im Blick und schalten ab, was nicht benötigt wird. Ihr größter Wunsch ist Frieden für die Zukunft.

Martina

aus Westberlin ist 36 Jahre alt. Sie ist Sozialpädagogin und arbeitet als Pflegemutter. Sie kümmert sich um 2 Kinder, die mit ihr in einem Haushalt wohnen und rund um die Uhr betreut werden. Die Impfpflicht, die ihr Arbeitgeber durchsetzen will, macht ihr Sorgen. Sie möchte ihre beiden Pflegekinder nicht verlieren, die sich bei ihr wohl fühlen und für die sie eine Mutter mit ganzem Herzen ist. Noch hat sie ein gutes Auskommen. Lebensmittel sind teuer geworden, das spürt sie bei jedem Einkauf. Auch andere Verbrauchsgüter, wie Windeln und Pflegeprodukte, erzeugen höhere Kosten. Noch kann sie sich alles leisten. Wenn sich das ändert, würde sie Untermieter aufnehmen oder in einem Schrebergarten gern eigenes Gemüse anbauen. Für ihre beiden Pflegekinder wünscht sie sich, dass sie gut ins Leben starten und keinen Schaden durch gesellschaftliche Entwicklungen erleiden.

Clemens

ist 25 Jahre alt und studiert in Berlin. Er ist von Hellersdorf nach Erkner gezogen, weil er sich hier eine eigene Wohnung leisten kann. Er hat zwei Nebenjobs, mit denen er sich finan-



**Äpfel fallen vom Himmel.
Hohe Preise nicht.**



Energiewende, Euro, Lockdown: Die Inflation ist hausgemacht.

STOPPT DIE PREIS,- TREIBER!



sonders zwischen den Großmächten in Ost und West. Weniger Egoismus und mehr Gemeinwohl, das ist sein Motto.

Jeder entwickelt seine eigene Strategie, um den Alltag zu bewältigen. Ich habe in den Gesprächen bemerkt, dass bei vielen das Problem Inflation noch nicht angekommen ist. Lassen wir uns aber nicht täuschen. Jeder einzelne muss sich damit täglich aus-

aller Härte trifft. Und eine Partei, die sich immer neue Steuern ausdenkt, ob CO2 oder auf alle Energieträger, will ich nicht in Verantwortung sehen. Und eine kleine aber sehr laute Partei, die Steuersenkungen verspricht, aber dann zu allem Ja und Amen sagt, ist

schwach oder ehrlich und gehört nicht auf die Regierungsbank.

Maria Arlt



Was die AfD zu diesem Thema zu sagen hat, können Sie hier nachschauen:

<https://www.afd.de/preistreiber-stoppen>



ziert. Die explodierenden Preise machen ihm Sorgen. Lebensmittel, Strom und Gas sind teurer geworden. Deshalb hat er noch einen dritten Nebenjob angenommen. Auch sein Studium wird länger dauern als geplant. Er wünscht sich mehr Gespräch zwischen den gesellschaftlichen Gruppen, be-

einandersetzen. Die Inflation ist kein Naturereignis, das unabwendbar ist, sondern die Folge schlechter Politik. Die Politik der letzten Jahre hat dort hingeführt, wo wir jetzt sind. Schon 2013 hat die AfD vor der falschen europäischen Finanzpolitik gewarnt, die uns nun mit

► Die Inflation bedroht uns alle.


Die Preistreiber stoppen. Jetzt!




Impressum:
 AfD
 Alternative für Deutschland
 Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf
 Kurfürstenstraße 79
 10787 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 220 56 96 22
 Handy: +49 (0) 157 864 22 444
 Email: email-mahe@afd.berlin
 V.i.d.S.P.: Gunnar Lindemann

Quellennachweis: eigene, pixabay




Unsere Direktkandidatin im Abgeordnetenhaus: Jeannette Auricht

1.000 Lehrer fehlen!

Bald noch größere Klassen?



Das kommt bestimmt und es kommt nicht überraschend, sondern wurde langsam und vorhersehbar vom Senat herbeigeduldet. Erst fehlte das Geld für die wichtige Bildung, nun fehlt das Personal. Verzweifelte Notmaßnahmen wie Quereinsteigeranwerbung und Klassenvergrößerungen sind keine Lösungen. Zustände, die der Hauptstand eines eigentlich modernen Industrielandes Deutschland – das ansonsten Geld für alle Welt ausgibt – nicht würdig ist.

Überfüllte Schulen und überfüllte Klassen bedeutet: Abschaffung von Fachräumen, Abschaffung von Lerngruppen, Abschaffung von Horträumen, hektische Schulspeisung, ggf. täglich Busshuttle, erdrückende Engen in Räumen, Fluren und auf dem Pausenhof. All das beeinträchtigt die Lernqualität erheblich.

Trauriges Extrembeispiel ist die Kieckemal-Grundschule in Mahlsdorf.

Geredet und versprochen wird stets sehr viel. Eine Besserung ist nicht in Sicht. Zwei sogenannte „Fliegende Klassenzimmer“ ersetzen nicht einen nötigen Schulneubau.

Das große Sparen in all den Jahren hat vieles kaputt gemacht. Keine Sicherheiten, keine Reserven – alles auf Kante genäht. Eine ständige Gratwanderung und eine Folge von Notmaßnahmen. So sieht es aus in der Bildung und in ganz Berlin. Es ist eindeutig eine Folge falscher Politik und es drängt sich mittlerweile der Verdacht auf, dass es nicht die Unfähigkeit der Politiker ist, auch nicht der Mangel an Geld (davon scheint genug vorhanden zu sein) - nein, es ist kein Wille da, konsequent und spürbar eine Verbesserung im Bildungssystem durchzusetzen.

**Wie wär's denn, mal
Geld ins eigene Land
zu stecken?**

**Die Not ist groß. Nicht
nur in der Bildung.**



Wahlkreisbüro
Jeannette Auricht
Mitglied des Berliner
Abgeordnetenhauses
Telefon: 030 76239809
auricht@afd-fraktion.berlin
www.jeannette-auricht.de

Für Freude am Lernen statt Schulstress!



Unser Direktkandidat im Abgeordnetenhaus: Gunnar Lindemann

Berlin: Einwanderungs- und Zufluchtshauptstadt mit Herz?

Kleines Herz
für die Berliner

Großes Herz
für alle Welt!

Der Alltag in Syrien hat sich fast überall wieder normalisiert.



Der rot-rot-grüne Senat will Berlin zur Einwanderungs- und Zufluchtshauptstadt mit Herz machen, verliert dabei aber völlig den Verstand. In Berlin fehlen jetzt schon tausende Wohnungen, Kita- und Schulplätze. Die Verwaltung ist bei allem überfordert, egal ob man einen Termin beim Bürgeramt oder bei der KFZ Zulassungsstelle benötigt: nichts funktioniert. Und schon gar nicht schnell.

In Berlin leben derzeit über 15.000 ausreisepflichtige Ausländer. Unter den Augen dieses Senates. Und anstatt dafür zu sorgen, dass diese Menschen Berlin verlassen, lässt dieser Senat ohne jeden Grund und ohne jegliche Verpflichtung Afghanen aus den umliegenden Ländern und Syrer, die im Libanon leben, nach Berlin einfliegen. Und diese freiwilligen Kontingente wollen SPD, Linke und Grüne noch deutlich erhöhen. Der Zustrom illegaler Migration aus afrikanischen und arabischen Ländern reißt ebenso wenig ab, wie der Zustrom der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Fast 250.000

Ukrainer sind in Berlin angekommen, von denen schätzungsweise 100.000 in Berlin geblieben sind. Genau weis es der Senat nicht. Registriert sind derzeit rund 54.000 Ukrainer (Stand Mai 2022). Tendenz weiter steigend. Und die Kosten für diese Asylpolitik trägt natürlich der Steuerzahler. Echte Kriegsflüchtlinge benötigen unsere Hilfe, und diese sollen auch unsere Hilfe bekommen. In Form von angemessener Unterkunft und Verpflegung. Aber Trittbrettfahrer wie die sogenannten „Afrokraier“ haben hier kein Bleiberecht, sondern müssen in ihre Heimatländer zurückkehren. Doch der Senat aus SPD, Grünen und Linken in Berlin lässt jeden unkontrolliert hier bleiben. Auf Ihre Kosten.

Während in der Ukraine noch immer Krieg herrscht, ist Syrien weitestgehend befriedet. Das bedeutet, lediglich an der syrisch-türkischen und an der syrisch-irakischen Grenze gibt es noch lokale Konflikte. Hier ist es an der Zeit, das Berlin endlich ein Rückführungsprogramm mit der syrischen Re-

gierung aushandelt, anstatt immer noch weitere Syrer auf Kosten der Steuerzahler einfliegen zu lassen. Und die syrische Regierung möchte „ihre“ Flüchtlinge sogar zurückhaben, da diese Menschen in Syrien dringen benötigt werden. Das hat mir die syrische Regierung erst kürzlich wieder bestätigt. Dazu hat die syrische Regierung sogar eine Generalamnestie erlassen. Asyl bedeutet Schutz auf Zeit, und wenn der Asylgrund entfällt, spricht auch nichts gegen eine Heimreise. Nebenbei können so auch die massiven Kosten der Asylindustrie deutlich reduziert werden. Wir müssen endlich zu einer Politik mit Verstand zurückkommen und als erstes Politik für die Berliner Bevölkerung machen, anstatt immer neue Asylunterkünfte in der Stadt zu bauen. Dazu gehört selbstverständlich auch die Einhaltung von unseren Gesetzen und Regeln. Das funktioniert nur mit der AfD.



Wahlkreisbüro
Gunnar Lindemann
Mitglied des Berliner
Abgeordnetenhauses
Telefon: 030 52686873
lindemann@afd-fraktion.berlin
www.gunnar-lindemann.de



Unsere Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung AfD kritisiert den Doppelhaushalt 2022/2023 im Bezirk

Kritik am Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2022 und für das Jahr 2023 für den Bezirk Marzahn Hellersdorf kam von der AfD. Dieser Doppelhaushalt wurde daher mit unseren Nein-Stimmen verabschiedet. Diese wurden inhaltlich, sachlich und ohne viel Polemik von uns auch begründet.

Dieser Doppelhaushalt hat ein Gesamtvolumen von rund 824 Millionen Euro für 2022 und rund 818 Millionen Euro für 2023. Das ist ein Anstieg der vom Senat zur Verfügung gestellten Steuermittel um 125 Millionen Euro von 2017 auf 2022.

Dennoch klaffte zum Schluss immer noch ein Defizit im Haushalt von 9,4 Millionen Euro, das über die Verringerung der Sach-, Personal- und Transferausgaben einerseits, sowie mehr Einnahmeerwartungen andererseits „aufgelöst“ werden soll. Wir werden sehen, zumal 2023 weniger Gelder zur Verfügung stehen, nämlich 6 Millionen Euro weniger, die damit zusätzlich noch fehlen werden.

Im vorliegenden Haushaltsplan sind aufgabenkritische Untersuchungen, Geschäftsprozessanalysen u.m. für die bestmögliche Nutzung von Ressourcen jedoch leider nicht erkennbar. Ein weiter so ist angesagt.

Das Leitmotiv, die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit für den Umgang der zur Verfügung gestellten Steuermittel für den Haushalt, die hart von den Bürgern erarbeitet wurden, fehlt.

Beispiele:

- der Haushaltstitel „Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen“. Was sind überhaupt „ähnliche Ein-

richtungen“, warum werden diese nicht genauer bezeichnet? Hier wurden 2017 die Summe von 101.000 Euro zur Verfügung gestellt und 2022 auf 240.000 Euro erhöht.

Oder:

- ein anderer Haushaltstitel „Zuschüsse für besondere soziale Projekte“. Was ist der Unterschied zwischen den Zuschüssen für „Soziale“ und „besondere soziale“ Projekte? Hier wurde 2017 die Summe von 263.000 Euro zur Verfügung gestellt und nun 2022 auf ganze 1.613 000 Millionen Euro erhöht und es gibt noch zusätzlich als Titel die „Weiterführung besonderer sozialer Projekte“... und noch mehr.
- alleine für die Finanzierung der Koordinierungsstelle für die Demokratieentwicklung wurden 2018 jährlich 50.000 Euro zur Verfügung gestellt, für dieses Jahr wurde die Summe auf 115.000 Euro erhöht.

Aber es geht auch sparsamer bei dem Titel, „Die Haltung von Tieren“. Das betrifft den Kleintierhof Marzahn“ in der Nähe der Bockwindmühle. Hier hat der Bezirk seit 2017 ganze 40.000 Euro pro Jahr für „alles“ übrig. Keinen Cent mehr. Hier werden viele Aktivitäten zusätzlich für Senioren, Kita-Gruppen und Schulklassen angeboten. Beliebt ist auch das Ponyreiten, sind Führungen und auch Projektstage für Schüler. Der Biologieunterricht findet dann im Freien, also in der Natur statt. Zusätzlich verfügt der Kleintierhof über eine große Bibliothek zu den Themen Biologie, Ökologie, Veterinärmedizin

usw. Der Tierhof und die Bockwindmühle im Umfeld werden an den Wochenenden für Familienausflüge genutzt, von Besuchern aus ganz Berlin. Somit sparen die Familien die Eintrittspreise und es fällt so mancher Eisbecher ab. Das Eiscafé um die Ecke ist sehr zu empfehlen.

Die zur Verfügung gestellten Gelder für den Kleintierhof sollten jährlich „nur“ um 20.000 Euro erhöht werden, die ja wie bereits erwähnt, seit 2017 nicht um einen Cent aufgestockt wurden.

Jedoch die zur Verfügung gestellten 40.000 Euro pro Jahr werden nicht erhöht und den gestiegenen Preisen auch nicht angepasst. Das ist unverständlich.

Hierfür ist leider kein Geld vorhanden. Sehr ärgerlich, denn wir alle kennen und spüren die Inflation, die vor Tierfutter auch keinen Halt macht. Sollen nun diese Tiere hungern und/oder in der Krankheit aus Kostengründen nicht behandelt werden können weil kein Geld vorhanden ist?

Ich werde dieses Thema noch einmal in der Bezirksverordnetenversammlung ansprechen und ich werde dann hier über das Ergebnis berichten.

Anneliese Dummer

Bezirksverordnete
der AfD

für
Haushalt,
Wirtschaft und
Digitalisierung



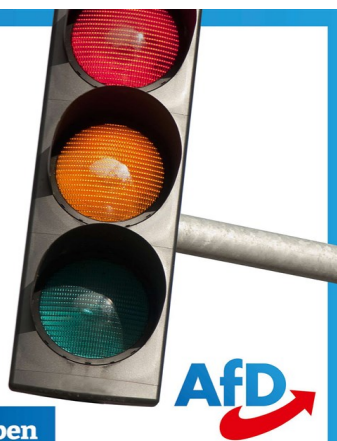
Nicht jede Ampel schützt vor einem Crash.

**STOPPT
DIE PREIS-
TREIBER!**

Inflation kann man stoppen:

- Steuern auf Dauer runter.
- Sichere Energieversorgung.
- Vernünftige Geldpolitik.

www.afd.de/preistreiber-stoppen



Fraktionsbüro
AfD-Fraktion in der
Bezirksverordnetenver-
sammlung von
Marzahn-Hellersdorf

Telefon: 030 90293 5832
email@afd-fraktion-mah.de
www.afd-fraktion-mahe.de



Unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin braucht Verkehr!

Mittlerweile sollte es jedem Berliner klar sein: Rot-Rot-Grün will letztendlich jeden Kraftfahrzeugverkehr aus Berlin verbannen. Dafür ist jeder Anlass willkommen – ob es Sinn macht oder nicht. Es geht dabei nicht wirklich um Luftreinhaltung, Verkehrssicherheit oder Platzmangel – alle angestrebten Maßnahmen verfolgen ein

Ziel: dem Bürger mit künstlichen Staus und allen möglichen Einschränkungen sein Auto zu vermiesen. Dabei gibt es viele, die auf PKW, Kleintransporter und auch Schwerlast-LKW angewiesen sind. Eine Stadt wie Berlin funktioniert nicht

nicht nur mit „Lastenrädern“ und „flanierenden“ Fußgängern. Die Flexibilität, Mobilität und auch der Individualverkehr müssen aufrechterhalten werden und gehören zu einer Metropole dazu und beanspruchen natürlich ihren Platz. Alles andere führt zu Stagnation und Stillstand und bereits auch schon zu Abwanderung qualifizierter Personen ins Umland. Na bitte!

Erst wenn
der letzte Parkplatz abgeschafft,
die letzte Fahrspur gesperrt
und das letzte Auto verboten ist,
werdet Ihr feststellen ...

... dass eine Stadt ohne
Verkehr nicht funktioniert!



Fraktionsbüro
AfD-Fraktion im Berliner
Abgeordnetenhaus
Telefon: 030 2325 - 2623
info@afd-fraktion.berlin
www.afd-fraktion.berlin

Alternative
für
Deutschland

AfD-FRAKTION
BERLIN



Bereits über 35.000 Mitglieder!

**MACH MIT!
VERÄNDERE
DIE POLITIK!**

Alternative
für
Deutschland



Attraktiven ÖPNV auch an Sonn- und Feiertagen!



sind überfüllte Fahrzeuge und lange Wartezeiten an den Umsteigepunkten. Wir wollen das für Sie ändern! Daher habe ich mit meiner Fraktion einen Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung eingebracht, nach dem der Senat dazu aufgefordert werden soll, sich dafür einzusetzen, dass die Taktfrequenz in den Kernzeiten 11.00 – 19.00 Uhr auch an Sonn- und Feiertagen auf 10 Minuten verdichtet wird. (Drucksache 0461/IX) Der Antrag wird in Kürze im Verkehrs- und Klimaausschuss beraten und danach der BVV zur Beschlussfassung vorgelegt. Wir dürfen gespannt sein, ob die Zählgemeinschaft der Altparteien hier im Sinne der Bürger und der Umwelt entscheidet – oder ob der Antrag abgelehnt wird, weil er „von den Falschen“ kommt.

Wenn Sie sonntags mit der BVG-Buslinie 197 in Marzahn unterwegs sind, wissen Sie: Großen Spaß macht das nicht! Diese wichtige Buslinie verbindet mehrere S-Bahn-Haltestellen und ist überdies die einzige Möglichkeit, mit dem ÖPNV das Tierheim Berlin zu erreichen. Dennoch fährt der Bus an Sonn- und Feiertagen ganztägig nur im 20-Minuten-Takt. Die Folge

Martin Koblischke



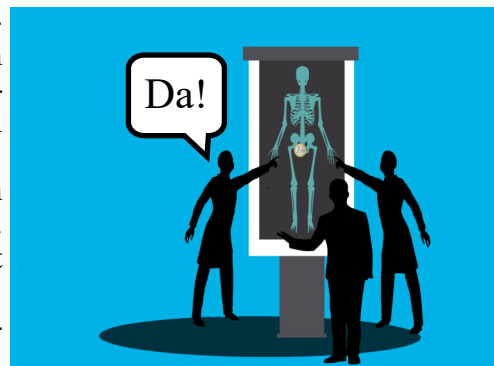
Zensus fragt Sie! Wir fragen uns:

- Warum woll'n die das alles wissen?
- Was sagen die, warum die das alles wissen wollen?
- Wem nützt das? Bekomme ich dann eine größere Wohnung?



Fakt ist: Wegen Inflation durch gescheiterte EU-Finanzpolitik, wegen Corona-Krise und wegen dem Ukraine-Krieg braucht der Staat Geld. Viel Geld! Sehr viel Geld.

Mit dem Zensus 2022 schaut er schon mal nach, wo etwas zu holen ist. Besondere staatliche Neugier richtet sich nun auf den Wohnraum. Betroffen werden alle sein. Entkommen gibt es nicht...



Sind Sie nun auch neugierig geworden? Dann schauen Sie doch mal auf unseren Internetportalen von Bund, Land und Bezirk vorbei. Da gibt es auch Antworten, z. B. bei afd.de

